

Literatur

Siebzehn Zeitzeugen

Die Geschichte der christlich-sozialen Bewegung nach 1945 ist noch immer nicht umfassend geschrieben. Einen Baustein für diese Aufgabe stellt das jetzt erschienene Buch von Wolfgang Schroeder dar.

Siebzehn Zeitzeugen aus dem katholischen Bereich geben einen beeindruckenden Einblick in ihre Denkweise und ihr Handeln zwischen 1945 und 1960. Die in sieben Kapiteln — von den christlich-sozialen im DGB, der christlich-sozialen Kollegenschaft im DGB, CDA, KAB, CAJ, dem Jesuitenorden sowie den linkskatholischen „Partisanen“ — aufgeteilten Interviews sind jeweils mit einer kurzen historischen Einleitung versehen. Allein diese Einleitungen geben bereits einen guten und tiefen Einblick in die vielfältigen Bereiche katholischer Gewerkschaftspolitik. Die jeweils folgenden Interviews geben dann den individuellen Einschätzungen der damaligen Lage Ausdruck. Die von der Qualität allerdings durchaus recht unterschiedlichen Interviews lassen viele heute oft vergessene Aspekte der Gewerkschaftspolitik wieder ans Licht treten. Interessante Hintergründe, z. B. Fragen und Probleme um die Gründung der christlichen Gewerkschaften 1955, werden deutlich, lassen aber auch verständlich werden, warum die damals entscheidenden Persönlichkeiten in der Einheitsgewerkschaft blieben.

Die vorliegende Arbeit bietet einen wichtigen „Beitrag zur Geschichte des spannungsreichen Verhältnisses von Einheitsgewerkschaft und sozialem Katholizismus“ in der Bundesrepublik. Thomas Schneider

(Wolfgang Schroeder, *Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews.* Bundverlag, Köln 1990, 39,80 Mark.)

Aktuelle Stunde...

Fortsetzung von Seite 10

gehe, die aus der Einheit Deutschlands resultierende vermeintliche Bedrohung für landwirtschaftliche Existenzen in NRW abzuwehren. Die Probleme seien für die DDR-Landwirtschaft und die betroffenen Menschen dort „allemaal größer als die noch relativ geringeren Auswirkungen, die wir hier im eigenen Lande zu spüren haben“.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebel
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, btx: # 5 68 01*

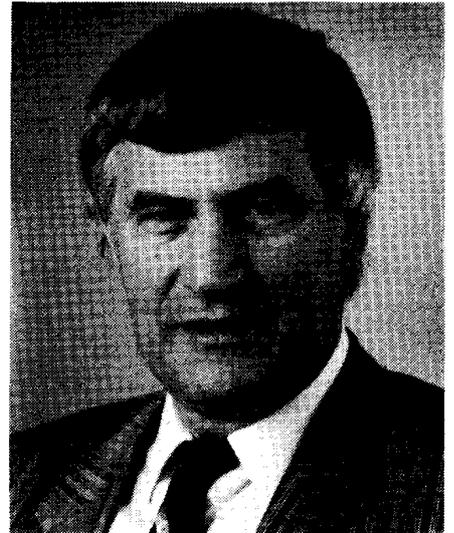
Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Karl Böse (SPD)

Zu der Zeit, als für dieses Porträt mit Karl Böse ein Gespräch geführt wurde, lag die SPD im offenen Streit mit sich und ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine zum deutsch-deutschen Staatsvertrag und zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Karl Böse gibt sich vorsichtig. Er fühle sich ein bißchen zu weit entfernt vom Geschehen, um zu beurteilen, ob Lafontaine vielleicht die Vereinigung nicht wolle oder gar aus der Kanzlerkandidatur „rauswolle“. Soviel gibt der Landtagsabgeordnete aus Dortmund jedoch preis: Er sei für die Einheit, auch nicht gegen die schnelle Einführung der D-Mark drüben. Nur müsse man alles politisch flankieren, weil das Leben mit der DM in der DDR doch viel teurer werde für die Leute. Eben sei er in Zwickau gewesen, dort, wo der Trabbi gebaut werde. Es sei nicht ausgeschlossen, daß mangels Absatzmöglichkeiten fast die Hälfte der 28 000 Beschäftigten entlassen werden. Böses Fazit: „Wir dürfen die Einheit nicht an den Bürgern vorbei machen.“ Abseits der aktuellen Lagebeurteilung kommt eine politische Unterhaltung mit dem 50jährigen SPD-Politiker (der runde Geburtstag war am 25. Juli) schnell zu seinem Lieblingsthema — der Verkehrspolitik. NRW brauche in Zukunft noch erhebliche Investitionen auf diesem Gebiet. Als ein Beispiel nennt Böse die Rheinquerung bei Düsseldorf. Sie müsse kommen. Später gibt er zu bedenken, daß das Vorhaben möglicherweise daran scheitern könnte, daß der Bund das nötige Geld für Verkehrs-Infrastruktur-Maßnahmen in der DDR verwendet.

An diesem Morgen ist Böse mit dem Auto von Dortmund nach Düsseldorf zur Fraktionssitzung gekommen. Einen Lkw nach dem anderen habe er auf der rechten Spur gesehen, da frage man sich doch, ob nicht viele der dort transportierten Güter besser auf dem Schienenweg transportiert würden. Es sei Sache des Bundes, für mehr Bundesbahn-Investitionen zum Gütertransport zu sorgen. Böse gehört zu den praktisch denkenden Politikern, die aus der alltäglichen Erfahrung heraus ihre Schlüsse zu ziehen suchen. Da fällt dem Abgeordneten z. B. auf, daß frühmorgens, im dichten Berufsverkehr, Arbeiter am Grünstreifen der Fahrbahn werkeln und dadurch einen Stau verursachen. Das könne doch wohl zu einer anderen Tageszeit gemacht werden, meint Böse, wohl wissend, daß dahinter die knifflige Arbeitszeit-Regelung von Arbeitnehmern betroffen wäre.

Zur Magnetbahn Transrapid hat Böse, wie er sagt, eine vorurteilsfreie Einstellung. Das Argument, der Transrapid sei zu laut, läßt er nicht gelten, nachdem er auf der Versuchsstrecke im Emsland den mit 400 Stundenkilometer vorbeirasenden Zug keineswegs so laut empfunden hat wie einen weniger schnell fahrenden Intercity. Böse ist sich der Umweltschutz-Problema-

tik des Transrapid-Projekts und jedes anderen verkehrspolitischen Großvorhabens bewußt. Zum ordentlichen Planverfahren gehöre eine Umweltverträglichkeits-Prüfung. Auch Bürgerbeteiligung sei notwendig, was nicht heiße, daß die Politik mit jeder kleinen Gruppe zum Konsens kommen müsse. Wenn das zur Pflicht würde, könne man Politik gleich an den Nagel hängen.

Auch als früherer Hauptschulrektor, der 1980 in den Landtag kam, hat er Verständnis für den Elternwunsch, ihre Kinder etwas Besseres werden zu lassen, folglich nicht zur Hauptschule, sondern auf weiterführende Schulen zu schicken. In seinem Elternhaus hat Karl Böse das selbst erlebt. Sein Vater, ein Kesselschmied, habe ihn nach der 4. Volksschulklasse zum Gymnasium anmelden wollen. Nachdem der Hausmeister gemeint hatte, ein Arbeiterkind habe auf dem Gymnasium doch keine Chance, habe der Vater die Anmeldung zunächst wieder rückgängig gemacht. Erst nachdem der Volksschul-Klassenlehrer gedrängt habe, sei das Arbeiterkind Karl Böse nach der 5. Klasse auf die Oberschule gekommen. Heute plädiert der Sozialdemokrat für mehr Ganztagsbetrieb an allen Schulen des Landes. Das koste zwar Geld, aber — so Böse: „Wir sind doch ein reiches Land — insgesamt.“ Den schmunzelnden Hinweis auf den am Nebentisch sitzenden Landesfinanzminister Schleißer wehrt er ab. Man müsse eben die Lehrerverteilung besser organisieren und auch „eine Menge Pfründe“ von Lehrern überdenken, zum Beispiel die Pflichtstundenzahl-Ermäßigung je nach Alter. Es sei auch fast unmöglich, Lehrer schnell dorthin zu versetzen, wo sie gebraucht würden; auch da müsse etwas geändert werden.

Der Privatmann Karl Böse erzählt von seinem sechsjährigen Sohn, von seiner Zeit als aktiver Feldhandballer. Heute betreibe er nur noch Sport auf Sportabzeichen-Niveau: Laufen, Springen, Werfen.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist ein Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)